



Das Milliardengrab

Täglich in den Medien: „Rekordschulden für Deutschland“, „So viele Schulden wie in diesem Jahr hat noch keine deutsche Bundesregierung gemacht“, Rekordneuverschuldung, auf 1,7 Billionen Euro.“ „Die Versacher der Finanz- und Wirtschaftskrise werden nicht herangezogen.“ „Kommunen am Ende.“

... aber gleichzeitig gibt es das Milliardengrab: den Transporter A 400 M. Es handelt sich um das wohl teuerste Militärflugzeug aller Zeiten. Und es wird angeschafft, obwohl sonst überall eisern gespart werden muss: bei den Gehältern im öffentlichen Dienst, in den kommunalen Haushalten und sogar bei den Hartz-IV-Sätzen, die einige Regierungspolitiker noch weiter nach unten drücken wollen. Es ist kein Geld da? Falsch! Es kommt immer darauf an, wofür ...

Im Mai 2003 wurde festgelegt, dass insgesamt 180 Maschinen des neuen Großraumflugzeugs für einen Gesamtbetrag von 20 Milliarden Euro hergestellt werden soll. Davon 60 Maschinen für die Bundeswehr. Weitere Abnehmer sind Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien, Luxemburg und die Türkei. Inzwischen werden Mehrkosten von 11,2 Milliarden Euro geltend gemacht. Also mehr als die Hälfte des ursprünglichen Betrags zusätzlich.

Das neue Flugzeug ist zur im Grundgesetz vorgesehenen „Landesverteidigung“ völlig ungeeignet. Mit seiner großen Reichweite, seiner Ladekapazität, seiner Flughöhe, seiner Fähigkeit zu Start und Landung auch auf kurzen Lehm- und Graspisten ist es ausschließlich für den „globalen Einsatz“ konstruiert. Als „strategischer Transporter“ soll es zur raschen Verlegung von großen Mengen Panzern, Kampfhubschraubern und Truppen über große Entfernungen in „Krisengebiete“ außerhalb Europas dienen. Das Flugzeug entspricht genau der NATO-Strategie, die für die nächsten Jahre verstärktes Eingreifen von Kampfgruppen in außereuropäische Konflikte vorsieht.

Rechnen wir selbst nach, was uns das kostet: Nach den jüngsten Angaben haben die Regierungen die Zahlung von etwa 23 Milliarden zugesagt. Das sind etwa 128 Millionen für jedes einzelne Flugzeug. Davon 60 für die BRD macht 7,7 Milliarden. Noch Fragen?

Kein Grund zum Stolz

Hinter den USA und Russland nimmt Deutschland in der Reihe der Waffengroßhändler Rang drei ein, vor früheren Rüstungsimperien wie Frankreich und Großbritannien. Versorgt werden u.a. Dauerrivalen wie Griechenland und die Türkei mit U-Booten. China und Taiwan, Israel und Jordanien zählen zu den Kunden. Wer mag da garantieren, dass das Kriegsgut nicht eines Tages auch eingesetzt wird?

Am Waffenhandel ist die Finanzkrise bisher fast unbemerkt vorbeigezogen. Der internationale Trend zeigt, dass viele Regimes beim Militär zuletzt sparen, und dann sehen sich auch ärmere Nachbarn gezwungen mitzuziehen. Ein Wettüben in Spannungsgebieten wie Nahost, Nordafrika, Südamerika und Südostasien findet statt. Rohstoffreiche Staaten haben bedeutende Mengen teurer Kriegsflugzeuge erworben.

Seit Beginn des Jahrzehnts wurden die deutschen Waffenexporte enorm ausgeweitet.

Kein anderer führender Exporteur hat im vorigen Jahrzehnt so zugelegt wie die deutsche Rüstungsindustrie, die ihre Lieferungen mehr als verdoppelte. Prima Geschäfte? Keineswegs. Erstens sind Waffenlieferungen durch Kompensationsaufträge und Billigangebote stark subventioniert. Zweitens und wichtiger: Sie tragen zur globalen Destabilisierung bei. Es gibt Handelserfolge, auf die ein Land nicht stolz sein sollte.

Gauck war da

Zum angekündigten Thema „20 Jahre Mauerfall und Wiedervereinigung - Ist zusammen gewachsen was zusammen gehört?“ hatte der Reisende in Sachen „Antikommunismus“ auch auf Nachfragen wenig zu sagen. Sein Thema war wie erwartet, die DDR als SED-Diktatur und Stasiverbrecherstaat und eine Abrechnung mit den Kommunisten, die sich damit ein für allemal als unfähige und menschenverachtende Spinner disqualifiziert hätten. Hätte er das in einer Veranstaltung von SPD und CDU vertreten, könnte man es als deren Sache ansehen. In einer Veranstaltung der Stadt, in der die Kommunisten eine lange Geschichte haben und auch aktuell in der Kommunalpolitik eine

Gauck-Extra

Die blickpunkt-Redaktion hat eine lesenswerte Extra-Ausgabe zum Gauck-Besuch herausgegeben. Man kann sie nachlesen und runterladen.

www.dkp-mw.de

Rolle spielen, ist das nicht hinnehmbar und eine offene Kampfansage im Vorfeld der Kommunalwahl 2011. Dass sich die Parteien des Kapitals gerade in der Krise gegen alles „linke“ verwahren, ist nicht neu. Die Wählerinnen und Wähler sollen ja bloß nicht auf den Gedanken kommen, es gäbe eine politische Alternative zu dem krisengeschüttelten Staat von Adel, Banken und Konzernen. Dass die SPD jetzt offenbar mit „antikommunistischen Festrednern“ in städtischen Veranstaltungen der CDU den Wind aus den Segeln nehmen will, ist ein weiteres trauriges Kapitel in der örtlichen Geschichte dieser „Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus“. Ob es ihnen damit gelingt, „die Kommunisten aus der Stadt zu fegen“ - wie es sich die CDU in der Vergangenheit schon öfter vorgenommen hatte - entscheiden die Wählerinnen und Wähler. gs

Wer auf Gauck setzt, setzt auf Konfrontation

Der Verlauf der letzten Stadtverordnetenversammlung hat diesen Satz bestätigt. Aber einige Leute in der SPD, voran Klaus Müller, wollen die Konfrontation mit den Linken. So gab es eine städtische Veranstaltung mit Joachim Gauck, finanziert mit Steuermitteln. Was es nicht gab, war ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung für Gauck als Referent. Der Magistrat überließ Herrn Gauck die Plattform für die Abrechnung mit „Kommunisten“.

Wir haben bei Bürgermeister und anderen Sozialdemokraten vorher darauf hingewiesen: Es gibt durchaus Personen, die für eine städtische Veranstaltung mit dem gebotenen überparteilichen Anspruch, geeigneter wären. Nehmen wir den Theologen Friedrich Schorlemmer, die Schriftstellerin Daniela Dahn und andere. Diese nähern sich dem Thema offen und nicht voreingenommen unhistorisch wie Gauck.

Selbstverständlich hätte die SPD eine eigene Veranstaltung mit Gauck machen können.

Es hat sich auch im Stadtparlament bestätigt: Pfarrer Joachim Gauck ist nicht der geeignete Mann, ein politisches Klima in unserer Stadt zu fördern, in dem die Erinnerungsarbeit vernünftig fortentwickelt werden kann.

Die Wiedervereinigung und vor allem die dann folgenden Jahre haben viele Seiten. Auch dann, wenn sicher keiner mehr die „alte DDR“ zurückhaben will, haben wir auch an jene zu denken, die „abgewickelt“, zu Unrecht entwürdigt und ins soziale Abseits gedrängt wurden. Leuten wie Gauck haben wir es zu verdanken, dass es ab 1990 keine „nationale Versöhnung“ gab, wie z.B. in Südafrika. Gauck passte in die Vorgabe, die der damalige Justizminister Klaus Kinkel 1991 auf dem Deutschen Richtertag gab. Er forderte die Justiz auf, die DDR zu „delegitimieren“. Viele merken jetzt: Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist übriggeblieben. Wir sind uns sicher: Eine andere Welt ist nötig und möglich.

Wir setzen uns dafür ein.

„Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.“

Thomas Mann (1943)

Antikommunismus

Gerade bei Jahrestagen, werden die Menschen von den Medien überschwemmt mit der ständigen Wiederholung des Satzes „Die DDR war ein verbrecherischer Staat“.

Warum die undifferenzierten Angriffe? In den letzten Jahren der Krise haben zahlreiche Menschen erkannt: Der entfesselte Kapitalismus bringt vielen Menschen Unheil. Der Kapitalismus zerstört die Welt! Wir brauchen eine andere solidarische Gesellschaftsordnung.

Aber die Herrschenden wollen, dass niemand auf die Idee kommt, über eine andere Gesellschaftsordnung nachzudenken. Deshalb die ständigen Wellen von Antikommunismus. Dabei setzt man auf die Manipulation der Menschen, deshalb Gauck im Bürgerhaus.

Nun gibt eine für uns hoffnungsvolle Entwicklung. Es gibt mehr Linke in den Parlamenten und bei vielen Themen kritische Stimmen in anderen Parteien. Die SPD jedoch, auch in unserer Stadt, betrachtet die LINKE als Gegner und reagiert entsprechend. So ist wahrscheinlich auch der missionarische Eifer des Stadtverordneten Klaus Müller (SPD) zu verstehen. Er, der uns einmal links überholen wollte, ist nahezu berauscht von Gauck. Er beglückt die Fraktionen mit Gauck-Werbung. Es freut sich die CDU.



Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe

Nachdenkliches

Bei der Debatte im Stadtparlament gab es nachdenkliche Sätze von Erich Schaffner (DKP/LL). Er sagte u.a.:

Seit es die DDR nicht mehr gibt, wurden 150 Menschen in Deutschland von Nazis ermordet.

Seit es die DDR nicht mehr gibt, ist Deutschland wieder in aller Welt grundgesetzwidrig an Kriegen beteiligt.

Es ist so leicht, im Mainstream der Herrschenden zu schwimmen. Es wird in allen Medien so viel gegen die DDR gesagt.

Trotzdem ist „Bild“ geschockt: Jeder Vierte will die Mauer zurück! Bei einer Umfrage des Mitteldeutschen Rundfunks waren 78% der Meinung, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten.

Es ist unmöglich, in 5 Minuten mehr zu sagen. Ich will mich auf folgende Zeilen beschränken sie stammen von Emil Carlebach:

In Auschwitz wurde Sklavenarbeit ausgebeutet. Wem floß der Gewinn zu? Metallarbeitern? Schriftsetzern? Straßenbahnen? Oder anderen?

Die jüdischen Unternehmen wurden ‚arisiert‘. Wer bekam sie? Schlosser? Landarbeiter? Sekretärinnen? Oder andere?

Ein Richter verhängte Zuchthaus wegen ‚Rassenschande‘. Heute ist er Bundesrichter. Dennoch oder deswegen?

Die Fabriken und Gruben in Polen, in der Tschechoslowakei, im Elsaß, in der Ukraine eigneten sich die deutschen Konzerne an. Heute lehrt man mich, Eigentum sei unantastbar. Nur ihres?

Dresden wurde zerstört, die Dresdner Bank wurde reicher denn je. Ist da ein Widerspruch?

Das Deutsche Reich zerbrach. Die Deutsche Bank wurde mächtiger als zuvor. Ist da ein Zusammenhang?

In den ‚Tiger‘ Panzern starben deutsche Soldaten, mit Messerschmitt-Flugzeugen stürzten deutsche Piloten zu Tode. Aber Flick und Messerschmitt verdienten Milliarden. Wieso?

Für die Verteidigung, so lese ich, müssen alle Opfer bringen. Auch die Waffenlieferanten?

Haben alle Deutschen den Krieg verloren? Oder nur die meisten?

Emil Carlebach, der Mann, von dem diese Zeilen stammen, ist durch die Hölle von Buchenwald gegangen. Er war Kommunist.

Viele Kommunisten saßen nach 1956 in der Adenauerzeit den gleichen Richtern und Staatsanwälten gegenüber, die sie während der Nazizeit verurteilt hatten.

Gedanken zum 1. Mai

Unsere Lebenssituation verschlechtert sich. Manche von uns haben noch nicht bemerkt, dass die steigenden Belastungen Teil eines Kampfes der Reichen gegen die Arbeitenden und die Arbeitslosen sind.

Wenn wir beim Arzt immer mehr zu zahlen, wenn die Steuer erhöht wird, wenn der Reallohn sinkt, wenn am Monatsende immer weniger auf dem Konto ist, dann steckt System dahinter.

Die Superreichen wissen nicht wohin mit dem Geld, das sie der großen Mehrheit der Menschen abgenötigt haben und die große Mehrheit hofft auf ein Wunder.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen: Das „Wunder“ sind wir selbst. Wir sind die Mehrheit. Wenn wir einig sind und uns wehren, dann machen die höheren Kreise Zugeständnisse. Das Zauberwort für dieses „Wunder“ heißt Solidarität! Wenn am ersten Mai die Kundgebungen stärker und kämpferischer werden, dann ist das ein erster Schritt in die richtige Richtung. Zeigen wir, dass wir uns nicht dauerhaft alles gefallen lassen!

Leute, die gar nicht wissen, was es heißt mit Niedriglöhnen über die Runden zu kommen, die die Angst vor Arbeitslosigkeit nie kennen gelernt haben, Leute mit einem geschätzten Jahreseinkommen von einer Million Euro wollen uns auseinanderdividieren. Sie hetzen gegen Arbeitslose.

Kein Geringerer als der reichste Mann der Welt, Warren E. Buffett, sagte im November 2006 der New York Times: »Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.«

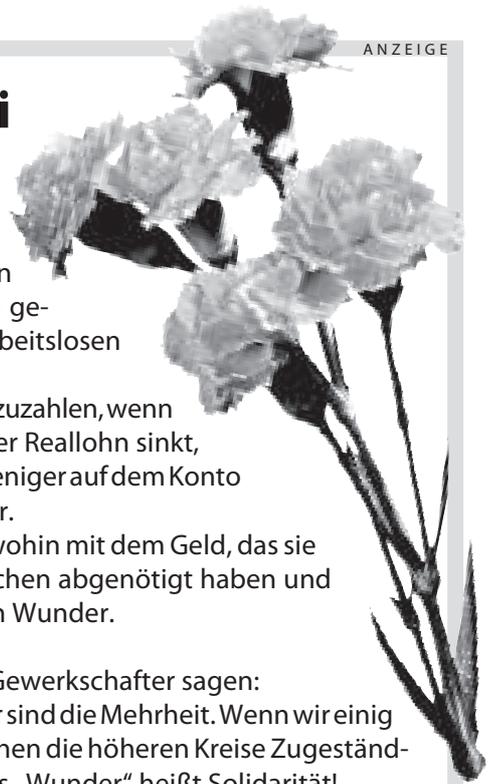
Kommt zur Kundgebung des DGB Mörfelden-Walldorf am 1. Mai 2010 um 10 Uhr ins Bürgerhaus Mörfelden

Es sprechen: **Prof. Hans See**, Professor für Politikwissenschaft, Sozialpolitik und Wirtschaftskriminologie

Hans Schwert,
ein 102jähriger Antifaschist

Beiträge zum Programm sind angekündigt von:

Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung,
Naturfreunde, Erzieherinnen der städtischen Kitas,
Freireligiöse Gemeinde, VVN-BdA, DIE LINKE., DKP





SKV-Sportzentrum eröffnet

**Das zehn Jahre lange Bemühen des Vereins hat sich gelohnt
Unterstützung der DKP war von Anfang an dabei**

Am Wochenende 13./14. März wurde die neue Turnhalle mit einem Fitnesszentrum und Gymnastikräumen eröffnet. Hunderte Besucher und Interessierte gaben sich an den zwei Tagen quasi die Klinke in die Hand. Sie waren beeindruckt von der gesamten Einrichtung und den vielen Räumen mit vielseitigen Möglichkeiten in denen in Zukunft Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Sport geboten wird.

Es gibt eine helle Zweifeld-Turnhalle, in der Mitte teilbar inkl. Geräte-, Umkleide- und Waschräumen ca. 1200 Quadratmeter groß. Sie steht vormittags für den Schulsport und ansonsten den Abteilungen der SKV zur Verfügung. Verbunden mit dieser Halle ist ein zweigeschossiges Gebäude. Im unteren Bereich befindet sich das eigentliche Fitness-Studio mit den modernsten Sportgeräten und einem Hantelbereich auf einer Fläche von ca. 550 Quadratmeter, inkl. Umkleide- und Waschräumen. Darüber, im 1. Obergeschoss, befindet sich ein großer Gymnastikraum, in der Mitte teilbar, und ein Raum für die Spinning-Radsportler.

Die Gesamtkosten betragen 2,5 Millionen Euro. Der Kreis zahlt die Summe von 900000 Euro, die der Bau einer neuen Einfeldhalle anstelle der maroden Schulhalle gekostet hätte plus 24800 Euro für das Fitness-Studio. Das Land gibt einen Zuschuss von 200000 Euro und die Stadt 500000 Euro, der aber nur in 10 Jahresraten gezahlt wird.

Bei all den Zahlen darf man nicht vergessen, dass der Verein den Löwenanteil zu tragen hat und die Kosten für Heizung, Strom, Wasser, Reini-

gung und Hausmeister sowie Folgekosten wie Reparaturen zu tragen hat.

Auch an dieser Stelle muss gesagt werden: Grundsätzlich sollten die Turnhallen von der Öffentlichen Hand gebaut und den Vereinen zur Verfügung gestellt werden.

Trotz alledem, ein gelungenes Projekt und erfreulich die über 300 eingeschriebenen Mitglieder für die neue Abteilung Fitness-Studio.

Aber es war ein weiter Weg bis dahin. Manchmal hört man Fragen wie: „Brauchen wir denn das alles?“

Im Breiten- und Freizeitsport ist in den letzten Jahrzehnten eine enorme Veränderung eingetreten. Neue Sportarten sind entstanden, die den Bedarf an Turnhallen gewaltig erhöht haben. Eine der Ursachen ist vor allem das veränderte Freizeitverhalten der Bürgerinnen und Bürger.

Der Zusammenhang von Sport und Gesundheit ist offensichtlich. Immer mehr Menschen und dabei verstärkt die älteren Jahrgänge erkennen, daß regelmäßige körperliche Bewegung zur Erhaltung der Gesundheit sinnvoll und notwendig ist. Die Senioren- und Herzsportgruppen haben in den Vereinen weiterhin großen Zuspruch.

Bei der SKV gab es schon seit Ende der 1990er Jahre konkrete Engpässe durch zu wenig Hallenkapazität, insbesondere bei den Abteilungen Radsport, Trampolin

und Jazz-Tanz. Zu dem Mangel kam noch hinzu, dass die alte Schulturnhalle so marode und asbestverseucht war, dass sie abgerissen werden musste.

Der SPD-dominierte Magistrat war mehr als zögerlich und lavierte. Er beauftragte zunächst ein externes Institut um die zu wenigen Hallenplätze besser unter den einzelnen Abteilungen verteilen zu können.

Da vom Kreis als Schulträger als Ersatz nur wieder eine Einfeld-Halle geplant war, also der Mangel für den Verein weiterhin bestehen bleiben würde, die Stadt aber nicht bereit war einzugreifen, entschloss sich der SKV-Vorstand selbst tätig zu werden.

Im Interesse der Bürger, der vielen und immer mehr werdenden Vereinsmitglieder und der vielen Kinder und Jugendlichen eine vorausschauende lobenswerte Entscheidung.

Die DKP/LL hat sich von Anfang an als einzige Partei im Stadtparlament und im „blickpunkt“ für mehr Hallenplätze eingesetzt. So wurden bereits im Jahre 2002 und 2005 Anträge zur Verbesserung der Situation im Parlament gestellt.

In insgesamt acht Beiträgen in dieser Zeitung haben wir bisher über die Notwendigkeit einer neuen Turnhalle und den Weg dahin berichtet. So freuen wir uns auch besonders über das neue Sportzentrum.

Heinz Hechler



Kantoraler Boogie Woogie

Wer nicht im Konzert des Jazzpianisten Christoph Oeser war, hat etwas versäumt. Das mittelalte Publikum war begeistert.

Ein besonderes Highlight war der überraschende Auftritt des Walldorfer Kantors Friederich Haller. Mit Oeser intonierte er zwei Stücke. Hochachtung dem kollegialen Verhalten des Einladenden.

Der starke Applaus des Publikums konnte durchaus auch als Solidarität mit Haller verstanden werden.

Krankenkassen

Keine Angst vor Zusatzbeitrag

Den Medien konnte man bisher entnehmen, daß die Zusatzbeiträge (auch für Hartz IV Empfänger) selbst zu entrichten seien. Dies ist so nicht richtig.

In einem mir vorliegenden Schreiben fordert die Krankenkasse eines Bedürftigen (SGB XII) diesen auf, den Zusatzbeitrag an die zuständige Behörde zur Kostenübernahme weiterzuleiten.

„Sie erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch zwölftes Buch (SGB XII). Für Bezieher von Leistungen zum Lebensunterhalt oder einer Grundsicherungsleistung übernimmt das zuständige Amt neben den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auch den Zusatzbeitrag. (...) Bitte überlassen Sie das Schreiben kurzfristig ihrer Sozialbehörde (...).“

Was im Grunde nach Grundsicherungsempfängern (Arbeitsunfähige) zusteht gilt demnach auch für Hartz IV Empfänger. Scheuen Sie sich nicht die entstehenden Kosten der ARGE zur Übernahme weiterzuleiten. Das entsprechende Schreiben der KKH-Allianz liegt der Redaktion vor. *Inezz Tanja Fellner*

Suche dringend:

Für mittellose schwerbehinderte Rentnerin.

1. Single Bett (möglichst hoch)
2. Drei- bis Viersitzer Couch

Parallel suche ich passende kostenlose Transportmöglichkeit.

Kontakt: Inezz T. Fellner
0162 – 32 405 50

Supermärkte wachsen - Innenstädte veröden

Mit den Stimmen der SPD, CDU und der Grünen wurde im Stadtparlament ein weiterer Supermarkt beschlossen der am Südrand von Walldorf entstehen soll.

Rudolf Dötsch sagte für die DKP/LL-Fraktion u.a.:

Auch wenn die Argumente zum Neubau eines Lebensmittelmarktes schon mehrere Male ausgetauscht wurden, können und wollen wir nicht darauf verzichten, Sie nochmals und eindringlich auf den Unsinn Ihres Tuns hinzuweisen. Denn heute ist die letzte und endgültige Abstimmung. Doch abgeschlossen ist das Thema damit nicht. Die Auswirkungen werden sich negativ in der Zukunft zeigen. Wir wollen "die Zukunft gestalten", lassen sich die Befürworter hören. Doch ich muss Ihnen antworten: Sie werden damit die Zukunft, im wahrsten Sinne des Wortes, verbauen.

Einerseits wollen Sie die "Belebung der Innenstädte" - "Aktive Kernbereiche Hessen" - "ab in die Mitte", doch mit der Errichtung von noch mehr Märkten an der Peripherie gehen Sie den umgekehrten Weg und leisten einen Beitrag zur Verödung der Stadtkerne. Und das betrifft nicht nur den Lebensmittelbereich. Auch Bekleidung, Haushaltsgeräte, Elektrogeräte, Handwerkszeug, Freizeitware etc. werden in diesen Supermärkten meist zweimal die Woche mit Schnäppchenpreisen angeboten. Das erwürgt die ortsansässigen Geschäfte.

Haben die Anwohner nicht berechnete Angst vor der Verkehrsverdichtung wegen des Marktes? Die wenigsten Käufer werden zu Fuß oder per Fahrrad kommen. Das sind Erfahrungen, die aus Beobachtungen stammen. Mehr Verkehr bedeutet auch mehr Gefahr, mehr Abgase, mehr Lärm.

Mehr versiegelte Fläche bedeutet auch weniger Grün, weniger Freizeitbereich, weniger Lebensqualität. Man kann nicht einerseits gegen die rigorosen Abholzungen des Flughafens und die Versiegelung kämpfen und andererseits des Gleichen vor der eigenen Haustür tun.

Hinweisen will ich auf die Rigorosität des Ignorierens und der Ablehnung von Einwänden der Anwohner. 73 Stellungnahmen zu den Plänen, über 250 Unterschriften haben nichts in Ihrem Denken be-

wirkt. Und da besitzen Sie noch die Dreistigkeit zu sagen, dass sie einen Wählerauftrag haben. Nachdenklich macht uns und die Anwohner natürlich, dass man per Grundflächenzahl eine Erweiterung vermuten lässt. - Ich drücke mich hier sehr vorsichtig aus. Mag sein, dass man heute noch nicht an einen weiteren Markt denkt. Doch was ist in Zukunft? Noch spricht man von einem Markt und nicht von einem Einkaufszentrum. „Fehlt“ da demnächst vielleicht noch ein Mediacenter oder Baumarkt?

Die Anwohner resümieren folgerichtig: Der geplante Markt

- erfüllt die Planungsziele nicht, sondern zerstört existierende Nahversorgungen an anderen Stellen,
- führt die Bemühungen für eine Innenstadtbelebung ad absurdum,
- schwächt weiter die örtlichen Gewerbetreibenden.

Und ich ergänze:

- zerstört Umwelt durch Versiegelung,
- erzeugt mehr Verkehr und Gefahren
- und erzeugt weitere Politikverdrossenheit indem die Bürgermeinung ignoriert und die Einwände einfach abgebügelt werden.

Weniger Lärm ...

... wer hätte das nicht gerne. Den Stadtverordneten lag ein Sachbericht und ein Lärminderungsplan auf dem Tisch. Für die verschiedenen Verkehrsträger hat die EU Richtlinien erlassen, ab welcher Grenze man Lärmschutz fordern kann.

Es wird noch lange dauern bis die Lärmkartierung, Pläne und Maßnahmen den Bürgern mehr Ruhe bringen. Die Grenzwerte sind zu hoch angesetzt und für die einzelnen Verkehrsträger separat angegeben. („Lärmkonfliktpunkte“ bei Straßenlärm: 70 dB (A) am Tag und 60 dB (A) nachts.) Es gibt hier viele, die von allen 3 Verkehrsarten (Auto, Bahn, Flugzeug) tangiert werden. Eine Zusammenfassung findet aber nicht statt. Alle drei sind daran interessiert (aus finanziellen Gründen) die Sache auf die lange Bank zu schieben. Bis 15. April liegen die Pläne im Rathaus für die Öffentlichkeit aus. rd

Vom alten und neuen Antikommunismus und der Notwendigkeit, die DDR einer kritischen Bilanz zu unterziehen

In der Stadtverordnetenversammlung gab es mal wieder eine antikommunistische Welle. Es ging eigentlich um die Annahme eines Papiers der Arbeitsgruppe „Erinnerungsarbeit fortsetzen“. Die CDU forderte Änderungen, die im Grunde bedeuteten, dass man die Hitlerzeit und die DDR-Zeit gleichsetzt, die SPD übernahm diese Initiative mit Änderungen. In der Debatte waren die CDU- und die SPD-Sprecher kaum zu unterscheiden. Der Sprecher der CDU Karsten Groß goss ganze Schmutzkübel über die DKP. Er hatte an gleicher Stelle schon mal ausgerufen. „Die Kommunisten gehören aus der Stadt gefegt!“ Ein Satz in der Sprache der Neonazis. Diesmal lobte er die SPD, vor allem Klaus Müller: „Dank an die SPD - wichtig ist heute der Konsens der Demokraten.“ Nicht gesagt wurde, dass alle Gedenkstätten in unserer Stadt, von der DKP initiiert und gegen den Willen der CDU durchgesetzt wurden. Er vergaß zu sagen, wie das Papier „Erinnerungsarbeit“ entstanden ist und dass die DKP daran einen großen Anteil hatte.

Klar ist, eine Weiterarbeit auf dieser neuen Basis ist schwer. Daran sollte vor allem die SPD denken.

Bemerkenswert in der Debatte, CDU, SPD, Grüne und FDP haben eine offenbar unumstößliche antikommunistische Meinung zur DDR. Diese wird durch ständig neue Kampagnen festgezimmert. Antikommunismus wird zur Waffe und erschwert kritisches Denken.

Die vorgesehene Veranstaltungsreihe der Stadt „20 Jahre friedliche Revolution und Wiedervereinigung“ muß andere Grundlagen haben. Man muss die DDR einer kritischen Bilanz unterziehen. Ein wenig historisches Denken ist da aber gefordert.

40 Jahre Kalter Krieg

Nach dem furchtbaren Krieg des deutschen Faschismus, war die Gründung einer DDR verständlich. Die Völker Europas und auch viele Deutsche erwarteten das Entstehen eines friedlichen demokratischen Deutschland. Mit der Bildung der BRD erfüllte sich

das Sehnen nach Frieden nicht. Die Kriegsgewinnler und Teile der braunen Elite blieben weitgehend an der Macht. Damit setzte die Gründung der DDR ein hoffnungsvolles Zeichen des Bruchs mit der aggressiven deutschen Vergangenheit, die Millionen Menschen das Leben kostete.

Wohin Massenarbeitslosigkeit viele trieb, war noch gut bekannt. Also erwarteten die Menschen soziale Sicherheit, ohne Großkapital. Selbst die westdeutsche CDU bekannte sich in ihrem Ahlener Programm 1947 zum Sozialismus, da „das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ sei. Ähnlich erklärte die westdeutsche SPD bereits 1946 den Sozialismus zur Tagesaufgabe.

Harte Entwicklungsbedingungen

Die Besatzungsmächte regierten das Land seit 1945 gemäß dem Potsdamer Abkommen. Die Sowjetunion verlangte Reparationen, die im Folgenden fast ausschließlich (zu 97%) aus der sowj. Besatzungszone und bis 1954 aus der DDR geleistet wurden. Demgegenüber konnte der westdeutsche Staat mit den 15 Milliarden Dollar rechnen, die durch die USA für Westeuropa mit dem Marshallplan seit 1948 zur Verfügung standen.

Mit Beginn des Kalten Krieges setzte der Westen bereits seit 1946 mehr und mehr auf Antikommunismus. Die Konfrontation zwischen den Alliierten und damit auch zwischen den Besatzungszonen in Ost und West bestimmte ihre Beziehungen.

Leistungen nicht vergessen

Unter den genannten Bedingungen ist heute kaum noch vorstellbar, dass sich der ostdeutsche Staat so lange behaupten konnte.

Das Recht auf Arbeit war Realität, Arbeitslosigkeit unbekannt. Obdachlosigkeit wurde ein Fremdwort. Das einheitliche Bildungssystem wurde beispielhaft für viele Länder. Das Gesundheits- und Sozialsystem kannte keine Teilung zwischen Arm und Reich und bot mit Polikliniken, Hausärzten und

Gemeindeschwestern eine moderne, leistungsfähige Versorgung.

Frieden und Völkerfreundschaft wurden Werte, die zu Solidarität mit anderen Völkern führten. Das galt bis ins UNO-System hinein, in dem DDR-Vertreter hohe Ämter ausübten. Und das trotz Hallstein-Doktrin, mit der die BRD jede Anerkennung über Jahrzehnte bekämpfte.

Es gab auch die Wirkungen auf die BRD. Das Großkapital war zur Mäßigung gezwungen. „Bei allen Tarifverhandlungen saß die DDR mit am Tisch“, sagten damals viele Gewerkschafter. Trotz alledem endete mit dem 40. Jahr die Existenz der DDR.

Ursachen des Untergangs

Wirtschaftlicher Bankrott sagt man, doch die DDR war bis zum Ende bei internationalen Banken kreditwürdig. Ihre öffentlichen Schulden pro Kopf lagen 1989 weit unter denen der BRD.

Hauptgründe: Die DDR war vom ersten Tage an in starker Abhängigkeit von der UdSSR. Vielfach wurde das sowjetische Sozialismus-Modell mit allen seinen Mängeln einfach übertragen. Mit dem Niedergang der Sowjetunion war das Schicksal der DDR besiegelt.

Daneben wirkte zunehmender politischer Druck gegen alles nichtoffizielle Denken zu stets größerem Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis des Sozialismus.

Was bleibt

Zweifellos bleibt die Überwindung des mächtigen Privateigentums und seiner Herrschaft über alle Bereiche der Gesellschaft weiter auf der Tagesordnung. Horrende Ungleichheit, Finanzspekulation, Kriegsabenteuer und die Zerstörung wichtiger Zeugnisse menschlicher Zivilisation durch die Verabsolutierung des Geldes zwingen dazu immer mehr.

Die Lösung kann nur in der Überwindung der Macht des Großkapitals zugunsten der arbeitenden Menschen liegen.

Also Sozialismus, aber nicht von oben, sondern demokratisch von unten durch das Volk.

Solche Aussagen waren von Herrn Gauck im Bürgerhaus Mörfelden nicht zu erwarten. Eine offene Diskussion sollte jedoch weitergehen.

AUS DEM KREISTAG



Kreistag ruft zur Demo auf

Mit großer Mehrheit hat sich der Kreistag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.Offene Liste erneut gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Blöcke A und B in Biblis ausgesprochen. Er unterstützt die geplante Demonstration in Biblis am 24. April 2010 und fordert zur Teilnahme auf.

Keine Strafanzeigen der Fraport wegen Hausfriedensbruch im Kelsterbacher Wald

Auf Initiative der Kreistagsfraktion DIE LINKE.Offene Liste appelliert der Kreistag des Kreises Groß-Gerau an den Vorstand der Fraport AG, die von ihm gestellten Strafanzeigen wegen des Antragsdelikts Hausfriedensbruch gegen die 37 an der Waldbesetzung beteiligten Personen zurückzunehmen. In der Begründung ihres „konkurrierenden Antrags“, dem DIE LINKE.OL beiträgt, hatten SPD und Grüne u.a. geschrieben: „Der Kreistag sieht in der friedvollen Aktion im Kelsterbacher Wald eine Demonstration bürgerlichen Widerstands gegen die Umweltzerstörung und gegen die zunehmende Belastung der Region durch Fluglärm und Luftschadstoffe. Strafverfahren gegen diese Ausbaugesegner sind nicht geeignet, das Bestreben des Flughafens, ein guter Nachbar sein zu wollen, glaubhaft erscheinen zu lassen.“

Fluglärm macht krank - Veranstaltung mit Professor Dr. Greiser beschlossen

DIE Linke.Offene Liste im Kreistag hatte beantragt, dass Professor Dr. Eberhard Greiser im Frühjahr 2010 seine Studie über die gesundheitli-

chen Auswirkungen von Fluglärm in einer Sondersitzung des Umweltausschusses vorstellt. SPD und Grüne brachten einen Änderungsantrag ein, den DIE LINKE.Offene Liste gerne übernahm: Es wird im Frühjahr eine gemeinsame Veranstaltung des Kreistags, der Initiative Zukunft Rhein-Main und der KAG Flughafen Frankfurt am Main mit Prof. Greiser geben.

Lästige Fragen?!

Keine Antworten gab es im Kreistag auf die Nachfragen der Kreistagsfraktion DIE LINKE.Offene Liste zur Zivilmilitärischen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau. Die hatte der Fraktionsvorsitzende im Dezember dem Landrat Enno Siehr in öffentlicher Sitzung übergeben und auch per Mail ins Landratsamt geschickt. Der Verbleib ist unklar. Jetzt hat der zukünftige Landrat Thomas Will die Nachfragen in der Hand und sie wurden auch erneut „gemailt“ mit der Bitte, sie nicht erst in der Mai-Sitzung zu beantworten und zu überprüfen, wo die Nachfragen „verblieben“ sind. Wir sind gespannt, was dabei rauskommt. Fragen nach militärischen Zusammenhängen scheinen nicht nur in Berlin lästig zu sein.

Weitere Informationen über die Arbeit der linken Kreistagsfraktion bei:

Gerd Schulmeyer
Wolfsgartenstraße 2
64546 Mörfelden-Walldorf
Telefon 06105/23366

Nach der Landratswahl: Neuer Posten für die Grünen

SPD und Grüne haben im Kreistag beschlossen, dass es demnächst im Kreis Groß-Gerau neben dem zukünftigen Landrat noch zwei hauptamtliche Kreisbeigeordnete geben soll. Mit dieser „Treueprämie“ wird das Wohlergehen der Grünen bei der Landratswahl honoriert und der bei der SPD-Kandidatenwahl unterlegene Kreistagsfraktionsvorsitzende Kummer kommt auch ein Stück weiter.

Jetzt scharren wahrscheinlich schon diejenigen mit den „Hufen“, die Bürgermeister von Riedstadt werden wollen. Ob die Landratswahl anders ausgefallen wäre, wenn SPD und Grüne das alles vor dem Wahltag gesagt hätten, ist schwer zu sagen. Interessanter ist die Frage, wie die hintergangenen Wählerinnen und Wähler bei der Kreistagswahl im nächsten Jahr entscheiden. Wir werden sie vor der Wahl daran erinnern.

KOMMUNALES

Google-Spionage

Die DKP/LL hat in einer Anfrage an den Magistrat Auskunft verlangt:

„Macht Google auch in Mörfelden-Walldorf Aufnahmen?“

Aus der Antwort:

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat das Vorhaben geprüft und fordert, dass Gesichter von Passanten oder Kfz-Kennzeichen unkenntlich gemacht werden sollen. Die Betroffenen haben ein Widerspruchsrecht. Die Bürger sollten davon Gebrauch machen.

Mörfelden-Walldorfs Stadtverwaltung hat Widerspruch eingelegt, damit die Kitz nicht ausgespäht werden.

Die Bürger ihrerseits sind aufgefordert, ihre Privatsphäre zu schützen.

Schreiben können an Fa. Google Germany GmbH, Betr.: Street-View, ABC-Str. 19, 20354 Hamburg oder per eMail unter streetview-deutschland@google.com gesandt werden.

Hintergrund: Seit einiger Zeit fahren Autos durch die Städte, fotografieren mit vier Kameras die Straßenzüge. Die Aufnahmen sollen als Zusatzinformationen des Landkarten- und Luftbilddienstes von "Google-Maps" frei im Internet zur Verfügung gestellt werden. Mit Google kann man Geographiekarten ansehen, aktuell und detailgetreu. Feine Sache, meinen viele. Doch irgendwann, wenn zu Persönliches ausgespäht und weltweit ins Internet gestellt wird, hört es auf, lustig zu sein.

Stadtgeschichten



Es war in der Osterzeit des Jahres 1953. Ein neuer Jahrgang von Kindern wurde in den evangelischen Kindergärten in Walldorf aufgenommen. An diesem Tag waren die Kinder zusammen mit ihren Eltern und den Erzieherinnen in der Kirche in der Langstraße zu einem Kindergottesdienst. Danach zogen sie durch das Pfarrgässchen und die Ludwigstraße zum Kindergarten in der Flughafenstraße, früher Friedhofstraße/Ecke Waldstraße. Das Foto entstand in der Ludwigstraße und man sieht in der ersten Reihe von links die Erzieherin Erika Reinhard, dann die Kinder Renate Becker geb. Scholz, Christa Cezanne und Wolfgang Michel. Alle waren toll herausgeputzt und Elfriede Michel, von ihr stammt das schöne Foto, weiß noch, dass ihr Sohn Wolfgang mächtig stolz war auf seinen neuen Matrosenanzug. Der evangelische Kindergarten, die erste Einrichtung dieser Art in Walldorf, wurde im Oktober 1930 eingeweiht und bot schon 140 Kindern eine Bleibe. Der erste Kindergarten in Mörfelden war auch der evangelische und wurde im Oktober 1928 eröffnet. Bereits wenige Jahre später, im Jahre 1933, nach Beginn des faschistischen Terrors in Deutschland, wurden nicht nur die Arbeitervereine und die Gewerkschaften verboten und die anderen Vereine gleichgeschaltet, auch die evangelischen Kindergärten wurden entschädigungslos von der „NS-Volkswohlfahrt“ (NSV) übernommen. Der erste Städtische in Walldorf, es war der Kindergarten in der Treburer Straße, kam erst im Jahre 1967 hinzu. Die Stadt Mörfelden baute im Jahre 1966 in der Heidelberger Straße ihren ersten Kindergarten.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

14. April
HörBar: "Wumbumbas Vermächtnis"
Hörbuchabend, Beginn: 20 Uhr

15. April
Das Vinyl wird gerettet
Schallplattenabend, Beginn: 20 Uhr

16. April
"16 Bit" - Konsolenabend, Beginn: 20 Uhr

17. April
MusikZeitmaschine, Diskoabend mit DJ Stefan
Beginn: 21 Uhr, Eintritt: 3 Euro

23. April
Quiz-Night, Anmeldung ab 20 Uhr, Beginn 21 Uhr

24. April:
CD-Release-Konzert: Harald Pons
Einlass: 20 Uhr, Beginn: 20.30 Uhr, Eintritt: 5 Euro

29. April
Lesung: Ines Thorn
Beginn: 20 Uhr, Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 5,-

30. April
Film: "Mann beißt Hund"
Beginn: 20 Uhr, Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Wann's Schderwe

Mode werd,

is merr vorm

Dood net sischer.